Die deutsch-sowjetischen Beziehungen nach der Errichtung des Hitler-Regimes (Januar bis Mai 1933)

Günter Rosenfeld

Die Beziehungen zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion 1933 bis 1941 haben immer wieder das Interesse der Historiker hervorgerufen, spielten sie doch in der Mächtekonstellation vor dem Zweiten Weltkrieg eine herausragende Rolle.¹ Als spektakulär erwiesen sich dabei Untersuchungen über das Verhältnis der beiden Diktatoren Hitler und Stalin, besonders nachdem durch das Ende des Sowjetsystems der Zugang zu bisher verschlossenen Archiven, darunter auch zum ehemaligen Geheimarchiv Stalins (dem heutigen Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation), ermöglicht wurde.² Das aktuelle Interesse für diese Thematik wird durch die Vorbereitung einer von der Deutsch-Russischen Historikerkommission geförderten, umfangreichen Dokumentenpublikation bestätigt, die von Sergej Slutsch (Moskau) und Carola Tischler (Berlin) besorgt wird.3 In jüngster Zeit hat die Geschichtsschreibung über die deutsch-sowjetischen Beziehungen dieser Periode durch die Erforschung der Geschichte der Komintern und ihrer Manipulation durch Stalin neue Akzente gesetzt.⁴ Allerdings darf die unterschiedliche Aufgabenstellung, die die Komintern und die sowjetische Außenpolitik besaßen, nicht übersehen werden, auch wenn die Komintern, besonders unter Stalin, für die Verfolgung außenpolitischer Ziele der UdSSR genutzt wurde.⁵

-

¹ Siehe hierzu als neueste Darstellung mit der dort angegebenen Literatur: Bernd Bonveč (Bonwetsch)/Sergej Kudrjaščov: Sovetskij Sojuz, Stalin i Germanija v 1933-1941 gg. Dokumenty iz Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii [Die Sowjetunion, Stalin und Deutschland 1933-1941. Dokumente aus dem Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation], in: SSSR-Germanija: 1933-1941 [UdSSR-Deutschland: 1933-1941], Vestnik Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii, Moskau 2009, S.13-41.

² Siehe Sergej Slutsch: Stalin und Hitler 1933-1941. Kalküle und Fehlkalkulationen des Kreml, in: Jürgen Zarusky (Hrsg.): Stalin und die Deutschen, München 2006, S.59-88; Lew Besymenski: Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren, Berlin 2002; Richard Overy: Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Russland, München 2004.

³ Der Verfasser dankt Dr. Carola Tischler für die freundliche Hilfe bei der Publikation dieser Studie.

⁴ Siehe Bernhard H. Bayerlein: Abschied von einem Mythos. Die UdSSR, die Komintern und der Antifaschismus 1930-1941, in: Osteuropa, 2009, H. 7-8, S.125-148.

⁵ Insofern erscheint das Urteil Bayerleins problematisch, wenn er hinsichtlich der Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur schreibt: "Auf die für die internationale Arbeiterbe-

Die Forschung hat bestätigt, dass die Machtergreifung der Hitlerfaschisten nicht nur eine entscheidende Zäsur in der deutschen Geschichte bedeutete, sondern auch den weiteren weltgeschichtlichen Verlauf wesentlich bestimmte. In der vorliegenden Studie wird daher die Veränderung im Klima der deutsch-sowjetischen Beziehungen nach der Errichtung des Hitlerregimes detailliert untersucht.

Hitler an der Macht – Wohin steuert Deutschland?

Sowohl im Kreml als auch unter den verantwortlichen Männern des Auswärtigen Amtes, die bisher im Sinne der Verträge von Rapallo und Berlin die deutsche "Russlandpolitik" mitgestaltet hatten, erfasste man nicht sofort die Tatsache, dass die Machterringung Hitlers und seiner Partei eine grundsätzliche Veränderung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion herbeiführen werde. Allerdings hatte man sich in den sowjetischen Führungskreisen schon bald nach dem Erscheinen von Hitlers Buch "Mein Kampf" mit dessen Inhalt vertraut gemacht und zeigte sich nach der Errichtung der Hitlerdiktatur beunruhigt. Aleksandra Michajlovna Kollontaj, seit Juli 1930 sowjetische Gesandtin in Stockholm, berichtet von einem Gespräch mit Stalin im Januar 1931, in dem dieser sich nach der Reaktion erkundigte, die Hitlers Buch in Schweden gefunden hatte. "Moskaus Parteimitglieder lesen und erörtern mit Besorgnis "Mein Kampf", sehr viele haben mich gebeten, ihnen das Buch zu schicken. In Moskau schenkt man Hitler und dem Nazismus ein weit größeres Augenmerk als im Ausland", notierte Kollontaj weiter.6 Auch der Inhalt der in der Literatur vielfach erörterten Rede, die Hitler am 3. Februar 1933 vor den führenden Generälen der Reichswehr hielt, gelangte in seinen wesentlichen Teilen sehr bald in den Kreml. Hitler legte seinen Zuhörern in dieser Rede mit erstaunlicher Offenheit noch einmal seine schon in "Mein Kampf" sowie in seinem unveröffentlichten "Zweiten Buch" von 1928 dargelegte Programmatik dar, die auf die Vorberei-

wegung vermutlich folgenreichste Zäsur in der Geschichte antwortete die Sowjetunion keineswegs mit einem Bruch, der eine immense nicht nur symbolische Bedeutung gehabt haben könnte, ja nicht einmal mit Protesten, sondern hielt weiterhin an guten Beziehungen mit Deutschland fest." (Ebenda, S.134). Hier werden das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion und die Furcht, die auch Stalin vor den Eroberungsplänen Hitlers besaß, unterschätzt.

6 A. M. Kollontaj: Diplomatičeskie dnevniki 1922-1940, t. 2, Moskva 2001, S.18, deutsch: Alexandra Kollontai: Mein Leben in der Diplomatie. Aufzeichnungen aus den Jahren 1922 bis 1945, hrsg. von Heinz Deutschland, Berlin 2003, S.293.

tung eines Angriffskrieges zur Eroberung von "Lebensraum" im Osten abzielte.⁷

Dennoch wäre es falsch zu sagen, dass die Machtübernahme Hitlers im Kreml sofort Alarmstimmung ausgelöst hätte. In den Sitzungen des Politbüros nahm Deutschland nach dem Januar 1933 keineswegs einen vorrangigen, wenn nicht sogar eher einen verminderten Platz ein.⁸ Allerdings ist zu berücksichtigen, dass im Zuge der Alleinherrschaft Stalins das Politbüro in seiner Gesamtheit immer weniger eine Rolle spielte, und schon gar nicht in der Außenpolitik. Offenbar war auch Stalin nicht frei von der Illusion, dass sich in Deutschland auch unter Hitler außenpolitische Vernunft durchsetzen werde. Jedenfalls verhielt er sich abwartend. Er war wohl erst nach der Niederwerfung der Röhm-Opposition durch Hitler im Juni 1934 davon überzeugt, dass die Herrschaft Hitlers dauerhaft sein wird.9 Hinzu kam, dass man in Moskau die Wunschvorstellung hegte, dass "ein revolutionärer Aufschwung in Deutschland, ungeachtet des faschistischen Terrors, unausweichlich anwachsen" werde. 10 Erst auf ihrem VII. Weltkongress im Sommer 1935 gelangte die Komintern zu einer realistischen, wenn auch noch unvollkommenen Einschätzung des Wesens der in Deutschland entstandenen faschistischen Diktatur.

den. Siehe Andreas Wirsching: "Man kann nur Boden germanisieren." Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: Vierteljahreshefte

⁷ Die Übermittlung des Inhalts der Rede nach Moskau, und zwar an Iosif Aronovič Pjatnickij (1882-1938, von 1921 bis 1935 Sekretär des Exekutivkomitees der Komintern), erfolgte durch den Nachrichtendienst der KPD, der die Inhaltsangabe von Helga, einer der beiden Töchter des Generals von Hammerstein-Equord, des damaligen Chefs der Heeresleitung, erhalten hatte. In dessen Wohnung hatte die Zusammenkunft stattgefun-

für Zeitgeschichte, 2001, H. 3, S.517-550. 8 G. Bordjugov, der die Sitzungen des Politbüros in diesem Zeitabschnitt untersuchte, vermerkt, dass in den Jahren 1933/34 die Erörterung gesamteuropäischer Probleme zurückging und dass Deutschland auf der Tagesordnung der Sitzungen ebenso häufig vertreten war wie Italien und Polen. Siehe Gennadij Bordjugov: Die Machtergreifung Hitlers: Dominanten außenpolitischer Entscheidungen des Stalin-Regimes 1933-1934, in: Ludmila Thomas/Viktor Knoll (Hrsg.): Zwischen Tradition und Revolution. Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik 1917-1941, Stuttgart 2000, S.376.

⁹ Siehe Slutsch, Stalin und Hitler, S.61.

¹⁰ So in einem Resolutionsentwurf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, der von I. A. Pjatnickij am 29.3.1933 Stalin übersandt wurde. Text in: SSSR-Germanija, S.55-60; siehe hierzu auch Klaus Kinner/Elke Reuter: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 2: Gegen Faschismus und Krieg (1933 bis 1939), Berlin 2005, S.33.

"Vor der Machtübernahme durch die "Nazis", so äußerte sich Maksim Maksimovič Litvinov¹¹ rückblickend im Juni 1934, "hielten wir es für möglich, dass sie sich zu gegebener Zeit von ihrem außenpolitischen Programm lossagen und hinsichtlich der UdSSR die Politik der früheren deutschen Regierungen fortsetzen würden. Und wir hielten selbst die Zusammenarbeit mit ihnen auf denselben Grundlagen wie früher für möglich. Leider war jedoch die Machtübernahme durch die "Nazis" von einer ganzen Reihe von Taten begleitet, die sehr bald zeigten, dass sie entschlossen waren, das in dem Buche Hitlers verkündete Programm zu verwirklichen."¹² In der Tat sollte sich in Moskau erst allmählich die Erkenntnis durchsetzen, dass die Errichtung des Naziregimes zugleich den radikalen Bruch mit der bisherigen deutschen Rapallo-Politik bedeutete.¹³

Um die Weiterführung der Rapallo-Politik – Illusionen und Realitäten

Die von Litvinov genannten Illusionen, die man sich im Kreml hinsichtlich der deutschen Außenpolitik nach dem Januar 1933 machte, entsprachen in frappierender Weise den Erwartungen, die auch die leitenden Beamten im Auswärtigen Amt hegten: "Die Nationalsozialisten in der Verantwortung sind natürlich andere Menschen und machen eine andere Politik als sie vorher verkündet haben. Das ist immer so gewesen und bei allen Parteien dasselbe. Die Personen von Neurath¹⁴ und auch von Blomberg¹⁵ garantieren das Fortbestehen der bisherigen politischen Beziehungen. Auch Kommunisten-Verfolgungen in Deutschland brauchen unsere Beziehungen nicht zu beeinträchtigen."¹⁶ So urteilte im Februar 1933 Bernhard Wilhelm von Bülow, seit 1930 Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

¹¹ Maksim Maksimovič Litvinov (1876-1951) war von 1930 bis 1939 Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR.

¹² Aufzeichnung Litvinovs über sein Gespräch mit Neurath am 13.6.1934, in: Dokumenty Vnešnej Politiki SSSR [Dokumente zur Außenpolitik der UdSSR], (im Folgenden abgekürzt: DVP SSSR), Bd. XVII, Moskva 1971, Nr. 197, S.387.

¹³ Siehe zu dieser Problematik auch Besymenski, Stalin und Hitler, S.62-68; Bianka Pietrow: Stalinismus-Sicherheit-Offensive. Das Dritte Reich in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933 bis 1941, Melsungen 1983, 39-51.

¹⁴ Konstantin Freiherr von Neurath (1873-1956) war von 1932 bis 1938 Reichsaußenminister.

¹⁵ Werner von Blomberg (1878-1946) war in der Regierung Hitler-Papen ab 30.1.1933 Reichswehrminister.

¹⁶ Bülow an Dirksen, 6.2.1933, in: Akten zur deutschen Auswärtigen Politik (im Folgenden abgekürzt: ADAP), Ser. C, Göttingen 1971-1981, Bd. I/1, Nr. 10, S.20.

Oberflächlich betrachtet, schien die Regierung Hitler-Papen in der Tat den bisherigen Kurs gegenüber der Sowjetunion fortsetzen zu wollen. Aber lediglich aus taktischen Gründen war Hitler bemüht, seiner Außenpolitik einen friedfertigen Anstrich zu geben. 17 Joseph Goebbels gestand später in einer internen Zusammenkunft ein, dass man nach der Machtübernahme bewusst eine Täuschungsstrategie betrieben habe, "genau wie unsere innenpolitischen Gegner bis 1932 gar nicht gemerkt hatten, wohin wir steuerten, daß der Schwur auf die Legalität nur ein Kunstgriff war. Wir wollten legal an die Macht kommen, aber wir wollten sie doch nicht legal gebrauchen." Auf diese Weise habe man, so Goebbels, die "Risikozone" ungehindert durchschritten und alle "gefährlichen Klippen" umschifft. 18 Es war daher lediglich taktisch motiviert, wenn Hitler seinem Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath am 15. Februar erklärte. er sei "von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung unserer bisherigen Politik, Wirtschaftspolitik und der militärisch-politischen Linie überzeugt; er werde keinerlei Änderung in der deutschen Politik gegenüber Sowjetrußland eintreten lassen."19

Trotz aller Hoffnungen aber war man in Moskau dennoch hinsichtlich der weiteren Entwicklung der sowjetisch-deutschen Beziehungen besorgt. Sowohl über den deutschen Botschafter Herbert von Dirksen als auch über die diplomatische Vertretung in Berlin versuchte man zu ergründen, welche Absichten die neue deutsche Regierung in ihrer Politik gegenüber der Sowjetunion verfolgte.²⁰ Wie Dirksen Staatssekretär von Bülow schon am 31. Januar mitteilte, sei es nicht einmal die Kanzlerschaft Hitlers, sondern vor allem die Beteiligung Franz von Papens an der neuen Regierung, die in Moskau lebhafte Beunruhigung hervorriefe. Denn man

[.]

¹⁷ Siehe auch Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1995, S.252.; Ian Kershaw: Hitler, Bd. I: 1889-1936, Stuttgart 1998, S.545; Rainer F. Schmidt: Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933-1939, Stuttgart 2002, S.52-659; Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945, Stuttgart 1995, S.578-586.

¹⁸ Geheime Erklärung von Gobbels am 5.4.1940 vor geladenen Vertretern der Presse, zit. nach: Wilhelm Deist u. a.: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt am Main 1989, S.134; siehe auch Schmidt, Außenpolitik, S.11.

¹⁹ Neurath an Dirksen, 15.2.1933, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (im Folgenden abgekürzt: PA AA), R 31498 k, Bl. E 496952.

²⁰ Siehe hierzu außer den oben bereits zitierten Publikationen von Pietrow und Besymenski auch Igor Maximytschew: Der Anfang vom Ende. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1933-1939, Köln 1985, S.29; Karlheinz Niclauss: Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung, Bonn 1966, S.85; Dean Scott McMurry: Deutschland und die Sowjetunion 1933-1936, Köln-Wien 1979, S. 37; Thomas Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1970, S.19.

könne sich noch gut an dessen frühere antisowjetische Aktivitäten erinnern. Mehr noch sei man jedoch wegen der Zugehörigkeit Alfred Hugenbergs zum neuen Kabinett besorgt. Man nehme an, dass er bei der Ausrichtung des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverkehrs andere Wege gehen werde. Dagegen habe man, so informierte Dirksen weiter, zu Neurath, zu Johann Graf Schwerin von Krosigk²¹ und zu Werner von Blomberg Vertrauen. Im Ergebnis seiner Gespräche, die er mit Litvinov, Karl Radek und insbesondere mit Nikolaj Nikolaevič Krestinskij²² über die neue Lage geführt hatte, übermittelte Dirksen dem Staatssekretär den dringenden Wunsch, "bald auf einige Tage nach Berlin zum Vortrag" kommen zu dürfen.²³ Krestinskij, dem die beruhigenden Erklärungen Dirksens allein begreiflicherweise nicht genügten und der sich in den nächsten Tagen noch mehrfach wegen dessen Reise nach Berlin erkundigte,24 sah sich allerdings enttäuscht. Denn in Berlin ließ man sich in dieser Angelegenheit Zeit, und erst Mitte Mai konnte Dirksen nach Berlin abreisen.

Nachdem Dirksen am 20. Februar neuerlich vom Auswärtigen Amt eine entsprechende Entscheidung gefordert und auf die sowjetisch-französische Annäherung sowie auf die Notwendigkeit verwiesen hatte, endlich die noch immer ausstehende Ratifikation des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag²⁵ vorzunehmen, ermächtigte ihn Neurath am 22. Februar, mit der Sowjetregierung in einen Meinungsaustausch über den Stand und die Probleme der deutsch-sowjetischen Beziehungen einzutreten.²⁶ Was die gewünschte Reise Dirksens nach Berlin beträfe, so unterrichtete Bülow den Botschafter drei Wochen später, wollte man zunächst den Reichskanzler mit dem sowjetischen Botschafter sprechen lassen, "damit es nicht aussieht, als sei diese Aussprache unter Einwirkung Ihres Besuches erfolgt. Das würde die Sache entwerten." Inzwi-

⁻

²¹ Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk (1887-1977), 1932 bis 1945 Reichsfinanzminister.

²² Nikolaj Nikolaevič Krestinskij (1883-1938) war von 1922 bis 1930 sowjetischer Botschafter in Berlin und sodann Stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten.

²³ Dirksen an Bülow, 31.1.1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 8, S.13; auch Bundesarchiv Berlin (im Folgenden abgekürzt: BArch), NL Dirksen, Bd. 51, Bl. 453.

^{24 &}quot;Man möchte gern, dass ich die hiesige Stimmung mündlich in Berlin interpretiere; Krestinskij hat mich wiederholt gebeten und gefragt, wann ich fahre." Dirksen an Bülow, 12.2.1933, BArch, NL Dirksen, Bd. 51, Bl. 458.

²⁵ Das Protokoll war am 24.6.1931 von Krestinskij und Dirksen in Moskau unterzeichnet worden.

²⁶ Siehe Niclauss, Sowjetunion, S.88.

schen sei man weiter bemüht geblieben, "die russischen Befürchtungen nach Möglichkeit zu zerstreuen." 27

Zu einer ersten Aussprache über die neue Lage suchte Dirksen am 27. Februar Krestinskij auf.²⁸ Doch waren es nicht die Fragen und Befürchtungen der Sowjetführung, die zunächst zur Sprache kamen. Denn im Sinne der aus Berlin erhaltenen Instruktionen und auf seine eigene diplomatische Erfahrung zurückgreifend, schlug Dirksen zunächst einen generellen Meinungsaustausch über die weltpolitische Lage vor und äußerte zugleich den Wunsch, von Vjačeslav Michajlovič Molotov, dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, empfangen zu werden.²⁹ Sodann listete Dirksen eine Reihe von Fragen auf, die vor allem die Beziehungen der UdSSR zu Frankreich und Polen betrafen und die, wie er erklärte, "bei der deutschen Regierung Zweifel hätten aufkommen lassen, ob sich nicht in der sowjetischen Außenpolitik ein starkes Abrücken nach der Seite Frankreichs vollziehe."30 Weiter verwies Dirksen auf verschiedene kritische Äußerungen der sowjetischen Presse über die innere Entwicklung Deutschlands. Die Sowjetregierung, so erklärte Dirksen, habe keinerlei Grund, wegen der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands besorgt zu sein. Denn die deutsche Regierung sei der Auffassung, dass die innere Bekämpfung des Kommunismus durchaus mit guten Beziehungen zur UdSSR Hand in Hand gehen könne. Auch der Verlauf der Wirtschaftsverhandlungen beweise, dass die deutsche Regierung ihre bisherigen guten Beziehungen zur UdSSR fortsetzen wolle. Schließlich berief sich Dirksen auf ein kürzlich geführtes Gespräch Neuraths mit Hitler,³¹ in dem Letzterer erklärt habe, dass er zwischen innerpolitischen Maßnahmen gegenüber dem Kommunismus in Deutschland und der Politik gegenüber der Sowjetunion eine scharfe Unterscheidung mache und dass er weder in den außenpolitischen noch in den wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR eine Änderung wünsche.

In seiner Erwiderung betonte Krestinskij, dass man in Moskau die Politik gegenüber Deutschland nicht verändern wolle. Doch könnten ihm die Ausführungen Dirksens nicht genügen. Denn es käme nicht auf freundschaftliche Versicherungen "unter vier Augen" an, sondern auf bindende

²⁷ Bülow an Dirksen, 13.3.1933, BArch, NL Dirksen, Bd. 51, Bl. 460.

²⁸ Siehe die Aufzeichnung Krestinskijs, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Moskva 1970, Nr. 51, S.117-

^{121;} die kürzer gehaltene Aufzeichnung Dirksens in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 41, S.86.

²⁹ Dieses Gespräch fand erst am 4.8.1933 statt.

³⁰ So nach der Aufzeichnung Krestinskijs.

³¹ Gemeint ist offenbar das Gespräch mit Hitler, das Neurath in der zunächst nicht abgesandten Weisung an Dirksen vom 15.2.1933 erwähnte.

öffentliche Erklärungen der deutschen Regierung. Deshalb könne man sich auch mit dem Hinweis auf das Gespräch zwischen Hitler und Neurath nicht zufriedengeben. Weiter verwies Krestinskij auf die antisowjetischen Äußerungen von Papens und bezeichnete Angriffe der sowjetischen Presse auf den Nationalsozialismus als eine Reaktion auf die gegen die UdSSR gerichteten Artikel in der deutschen Presse. Krestinskij war sich jedoch mit Dirksen einig, dass man alsbald zu einem umfassenden Meinungsaustausch über die beiderseitigen Beziehungen gelangen müsse.

Der Sowjetregierung kam es darauf an, von der neuen deutschen Regierung eine öffentliche und bindende Erklärung zu erhalten, wie Krestinskij schon am 23. Februar dem sowjetischen Botschafter in Berlin Lev Michajlovič Chinčuk mitgeteilt hatte. Das entsprach dem, was schon drei Tage zuvor Litvinov Werner Freiherrn von Rheinbaben, Mitglied der deutschen Delegation zur Genfer Abrüstungskonferenz, während eines Frühstücks in Genf gesagt hatte: "Als besten Gegenzug gegen das Bestreben Frankreichs, eine französisch-russische Annäherung zu behaupten, bezeichnete Herr Litwinoff irgendeine Manifestation der deutschen Politik in der Richtung eines Festhaltens an der Politik des Berliner Vertrages."³³

Es ist bemerkenswert, dass die sowjetische Diplomatie in ihrer Argumentation gegenüber der Hitlerregierung erneut hervorhob, dass eine sowjetischfranzösische Annäherung einem guten Verhältnis zwischen der UdSSR und Deutschland nicht entgegenzustehen brauchte. Diese Argumentation aber musste der sowjetischen Diplomatie jetzt umso wichtiger erscheinen, als sie den mit dem Abschluss des sowjetisch-französischen Nichtangriffsvertrages vom 29. November 1932 eingeschlagenen Kurs der Annäherung an Frankreich im Hinblick auf die neue Situation in Deutschland weiter zu intensivieren suchte. In der Folgezeit blieben die sowjetisch-französischen Beziehungen ein permanenter Gesprächsgegenstand zwischen Berlin und Moskau und wurden von Hitler zunehmend ins Feld geführt, um seine gegen die Sowjetunion gerichtete Politik der Konfrontation zu rechtfertigen.

Naziterror und Antisowjetismus

Der Fortgang der nach der nationalsozialistischen Machtergreifung begonnenen sowjetisch-deutschen Gespräche wurde von der heftigen Terrorwelle überschattet, die der Reichstagsbrand in der Nacht vom 27. zum 28. Februar auslöste. Über die Urheberschaft des Reichstagsbrandes ist

³² Siehe Maximytschew, Anfang, S.34.

³³ Aufzeichnung Rheinbabens über ein Gespräch mit Litvinov in Genf am 20.2.1933, PA AA, Moskau II, Nr. 359, Bl. 196.

viel und kontrovers diskutiert worden.³⁴ Wie auch immer der Brand inszeniert worden sein mag, so nutzte die Naziführung dieses Ereignis jedenfalls, um mit aller Härte gegen die demokratischen Kräfte in Deutschland, besonders gegen die beiden großen Parteien der Arbeiterbewegung, die SPD und die KPD, vorzugehen. Der am 28. Februar 1933 verhängte Ausnahmezustand auf Grund der "Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" leitete die schnelle Beseitigung des demokratischen Rechtsstaates ein.

Es konnte nicht überraschen, dass im Zuge der nach dem Reichstagsbrand entfachten antikommunistischen Hysterie Terrorakte nun auch gegen sowjetische Institutionen in Deutschland und hier lebende Sowjetbürger unternommen wurden. Hitler selbst ließ in seiner Wahlrede vom 2. März 1933 die sonst aus taktischen Gründen gewahrte Zurückhaltung außer Acht, indem er sich in Hetztiraden gegen die Sowjetunion erging. Die Übergriffe auf sowjetische Staatsangehörige und Institutionen begannen mit der Verhaftung von zwei sowjetischen Gästen einer sowjetischen Pension in der Berliner Geisbergstraße.35 Wenige Tage danach wurden die "Izvestija"-Korrespondentin Lili Maksimovna Kajt und der "Pravda"-Korrespondent Il'ja Michailovič Černjak sowie der sowjetische Journalist Bruno Samuilovič Izakson verhaftet und in ihren Wohnungen Hausdurchsuchungen vorgenommen.³⁶ Zum Potsdamer Staatsakt am 21. März, auf dem Hindenburg in einem von Goebbels glänzend inszenierten Zeremoniell Hitler die Hand reichte, war die sowjetische Presse nicht zugelassen worden. Die zunehmenden Übergriffe gegen sowjetische Staatsangehörige und Institutionen im gesamten Reichsgebiet waren begleitet vom Verbot sowjetischer Zeitungen und Zeitschriften. Am 30. März ließ Reichsinnenminister Wilhelm Frick auch die Zeitungen "Pravda" und "Izvestija" mit dem Hinweis auf dort enthaltene Bemerkungen über den Reichstagsbrand verbieten. An diesem Tag belief sich die Zahl der verbotenen sowjetischen Periodika nach einer Aufstellung des Auswärtigen Amtes bereits auf 13.37 Auch die sowjetische Botschaft wurde nun nicht mehr von der Post mit sowjetischen Zeitungen und Zeitschrif-

³⁴ Siehe unter den neuesten Darstellungen besonders Sven Felix Kellerhoff: Der Reichstagsbrand. Die Karriere eines Kriminalfalls, Berlin-Brandenburg 2008.

³⁵ Siehe Chinčuk an Narkomindel, 28.2.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 53, S.133; siehe auch Niclauss, Sowjetunion, S.101.

³⁶ Siehe ebenda.

³⁷ Aktennotiz von Bräutigam, 10.3.1933, PA AA, Deutsche Botschaft Moskau, A 9 1, Bd. 1, unpag. [Anm. der Red.: Diese und folgende Signaturen stammen aus dem Jahre 1987 und konnten nicht aktualisiert werden.]

ten beliefert. Erst am 11. April wurde das die sowjetische Botschaft betreffende Verbot aufgehoben, nachdem die sowjetische Seite analoge Gegenmaßnahmen hinsichtlich der deutschen Botschaft in Moskau angekündigt hatte.³⁸

Das Verbot sowjetischer periodischer Veröffentlichungen in Deutschland belastete auch in der Folgezeit trotz dessen verschiedentlicher und vorübergehender Aufhebung für einzelne Ausgaben die Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Botschaftsrat Fritz von Twardowski klagte im Juni 1934 in einem Schreiben an das Auswärtige Amt, dass neue Verbote sowjetischer Zeitungen "weitere Erschwerungen für den Versand deutscher Zeitungen nach der Sowjetunion" zur Folge haben würden.³⁹ Unter den ausländischen Druckschriften, die am 1. April 1934 in Deutschland verboten waren, befanden sich 33 sowjetische Periodika.⁴⁰ Am 7. Juni 1935 kam auch die sowjetische satirische Zeitschrift "Krokodil" auf die Verbotsliste.

Ab Frühjahr 1933 nahmen die von SA-Trupps und Polizei-Kommandos unternommenen Anschläge auf sowjetische Bürger und Institutionen weiter zu. Sie griffen jetzt auch in zunehmendem Maße in die deutschsowjetischen Wirtschaftsbeziehungen ein. Ein erstes Signal setzte das Verbot der Zeitschrift "Sowjetwirtschaft und Außenhandel". Sie hatte bisher den am Handel mit der UdSSR interessierten deutschen Wirtschaftskreisen wichtige Hinweise und Orientierungen gegeben. Das Verbot wurde jedoch am 10. März nach einer sowjetischen Protestnote wieder rückgängig gemacht. 41 Schwerwiegender waren die Hausdurchsuchungen, die SA-Trupps und Polizeikommandos am 28. März in der Filiale der sowjetischen Handelsvertretung in Hamburg und am 1. April in der Filiale in Leipzig durchführten. In letzterer wurden der Leiter und sein Stellvertreter verhaftet sowie acht Sowjetbürger misshandelt. Erst am 18. August 1934 (!) entschloss sich das Auswärtige Amt nach einem langen Briefwechsel mit der Leipziger Polizei, diesen Vorfall "aufrichtig zu bedauern". 42 Ein weiterer Verstoß gegen die Exterritorialität war die Hausdurchsuchung in der Privatwohnung des Kollegiumsmitglieds der sowjetischen Handelsvertretung Abram Samojlovič Fajnštejn in Berlin-

38 Siehe Krestinskij an Chinčuk, 27.3.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 95, S.196-197.

41 Aktennotiz Bräutigams, 10.3.1933, ebenda.

³⁹ Twardowski an AA, 28.6.1934, PA AA, Deutsche Botschaft Moskau, A 9 1, Bd. 1, unpag.

⁴⁰ Ebenda.

⁴² Siehe den Text der Verbalnote des Auswärtigen Amtes an die Botschaft der UdSSR, Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, Gesandtschaft Berlin, Nr. 339 (Abschrift).

Tempelhof am 13. April.⁴³ Einen Tag später suchten SA-Leute in das Gebäude der sowjetischen Handelsvertretung in der Berliner Lindenstraße einzudringen.⁴⁴ Angesichts der negativen Folgen, die diese Übergriffe für die Beziehungen Deutschlands zur UdSSR haben mussten, sah sich das Auswärtige Amt gezwungen, dem Reichsministerium des Innern mitzuteilen, es möge sich bei weiteren Polizeiaktionen gegen sowjetische Institutionen vorher an das Auswärtige Amt wenden. "Mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung, die den wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion zukommt", solle man ein solches Verfahren auch gegenüber den Filialen der Handelsvertretung anwenden.⁴⁵

Trotz dieser antisowjetischen Übergriffe hoffte man im Kreml weiterhin, mit der Hitlerführung zu einem Modus Vivendi gelangen zu können. Der ehemalige Diplomat Gustav Hilger schreibt in seinen Erinnerungen, dass die Moskauer Machthaber in dieser Hinsicht immer wieder ihren guten Willen beteuerten. "Persönlichkeiten wie Krestinsky, Litwinow und Molotow versäumten keine Gelegenheit, uns zu versichern, daß ihre Regierung nicht den Wunsch habe, ihre Außenpolitik zu ändern."46 Die Sowjetregierung suchte in diesem Zusammenhang von Hitler weiterhin eine völkerrechtlich bindende Erklärung zu erreichen und hielt daher die seit langem ausstehende Ratifikation des Berliner Vertrages für besonders dringlich. Der zunehmend schärfere Ton, den die sowjetische Presse in ihren Kommentaren zur Politik Hitlers und den Ereignissen in Deutschland anschlug, musste aus Moskauer Sicht hierzu nicht in Widerspruch stehen. Sah sich die sowjetische Führung einerseits dazu verpflichtet, der sowjetischen Öffentlichkeit den Antikommunismus und den Antisowjetismus des NS-Regimes vor Augen zu führen, so konnte sie andererseits durch solche Presseäußerungen die Hitlerführung bis zu einem gewissen Grade herausfordern, ihre Außenpolitik gegenüber der UdSSR zu präzisieren. 47 Der Leitartikel der "Izvestija", der unter der Überschrift "Unkluge Leute" die Rede Hitlers vom 2. März kommentierte, stellte deshalb die Frage, weshalb der "Führer" des nationalsozialistischen Deutschlands

⁴³ Aufzeichnung Tippelskirchs über eine Mitteilung Aleksandrovskijs, 13.4.1933, BArch, Film Nr. 15328, Bl. E 666270 [Anm. der Red.: Die wenigen Filmsignaturen in den Anmerkungen stammen aus ursprünglichen Beständen des Staatsarchivs Potsdam und konnten nach deren Überführung in das BArch nicht aktualisiert werden.]

⁴⁴ Aktennotiz Tippelskirchs über telefonische Mitteilung des Vizekonsuls Kaplan, 15.4.1933, ebenda, Bl. E 666265.

⁴⁵ Schreiben vom 22.4.1933. Abschrift ohne Unterschrift, ebenda, Bl. E 666282.

⁴⁶ Gustav Hilger: Wir und der Kreml. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten, Berlin 1956, S.246.

⁴⁷ Siehe auch Niclauss, Sowjetunion, S.111.

ausgerechnet jenen Staat angreife, der gegenüber Deutschland keinerlei feindliche Absichten hege. 48 Einen Monat später schrieb die "Pravda" unter Bezugnahme auf die in Deutschland entfachte antisowjetische Hysterie: "Der deutsche Faschismus wird zu einer Gefahr für den Frieden in Europa. In Berlin weiß man das nicht schlechter als wir. Aber anscheinend hat man dort endgültig die Fähigkeit zu überlegen verloren." 49

Der Anschlag auf die "Derop"

Besonders schwer wurden die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen durch den Anschlag auf die "Deutsche Vertriebsgesellschaft für russische Ölprodukte A. G." ("Derop") getroffen. Während die Gesellschaft "Derunapht" die Einfuhr von Erdöl aus der UdSSR nach Deutschland besorgte, beschäftigte sich die Derop, deren Zentrale sich in der Budapester Straße in Berlin befand und die in ganz Deutschland über ein Netz von etwa 2.000 Tankstellen verfügte, mit dem Vertrieb der sowjetischen Erdölprodukte. Das Aktienkapital der Gesellschaft, deren Leitung der aus Jugoslawien stammende Franz Enko wahrnahm, befand sich in sowjetischem Besitz. Die Derop wurde, wie Litvinov schon am 4. März feststellte "zur Zielscheibe antisowjetischer Aktionen".50

Die Angestellten der Derop waren zum größten Teil Sowjetbürger, zu einem geringeren Teil Deutsche, unter denen sich auch Mitglieder der KPD befanden. ⁵¹ Die von NS-Organisationen und Polizei-Einheiten verübten Anschläge auf die Derop, und zwar sowohl auf ihre Zentrale als auch auf die Filialen und Tankstellen im ganzen Reichsgebiet, begannen sofort nach dem Reichstagsbrand. ⁵² Dies geschah unter dem Vorwand, dass sich die Derop "zu einer Stätte kommunistischer Umtriebe" entwickelt habe und als "eine staatsgefährdende kommunistische Organisation" aufgefasst werde. ⁵³ Wir lassen es hierbei dahingestellt, inwieweit Mel-

50 So in einer Erklärung, die Litvinov am 4.3.1933 Dirksen überreichte und die auch Neurath am 4.4.1933 durch Chinčuk übermittelt wurde. Sie enthielt ein Resumé der Unterredungen, die Litvinov zuvor mit Dirksen über die antisowjetischen Übergriffe in Deutschland geführt hatte. Siehe DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 111, S.220; Neurath an Dirksen, 5.4.1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 140, S.251f.; Aufzeichnung von Völckers (AA) vom 4.4.1933, BArch, Film Nr. 15956, Bl. 667388.

⁴⁸ Siehe Izvestija, 4.3.1933.

⁴⁹ Pravda, 3.4.1933.

⁵¹ Nach einer Aufzeichnung der Gestapo vom 1.4.1933, BArch, RSHA, St-3/311, Bl. 185f.

⁵² Verbalnote der Botschaft der UdSSR an das AA, 11.3.1933, BArch, Film Nr. 15956, Bl. 667356.

⁵³ Aufzeichnung des Legationsrats Hey vom 20.4.1933, die einen ausführlichen Überblick über die gegen die Derop verübten Anschläge und die daraus entstandenen Konsequen-

dungen in der französischen und US-amerikanischen Presse zutrafen, dass Henry Deterding, der Generaldirektor der Royal-Dutch-Company, seine Hand im Spiel gehabt und seinen Freund Göring entsprechend inspiriert hatte.⁵⁴

Die Angriffe auf die Derop setzten sich auch in den folgenden Wochen fort und gingen mit der Verhaftung von Derop-Angestellten, mit dem Diebstahl von Benzin an den Derop-Tankstellen sowie der Einschüchterung der Käufer von Derop-Treibstoff einher. Zu letzteren gehörten die Reichsbahn, die Stadtverwaltungen von Wiesbaden, Frankfurt am Main, Stuttgart, Bonn sowie zahlreiche private Firmen. Unter dem Druck der NS-Organisationen kündigten sie ihre Bestellungen bei der Derop.55 Auch die Arbeit der Angestellten von Derunapht in den Niederlassungen im Hamburger Ölhafen wurde behindert. 56 Infolge der Abbestellungen ging der Treibstoff-Absatz der Derop bereits in der zweiten Märzhälfte "katastrophal zurück", wie eine Verbalnote der sowjetischen Botschaft an das Auswärtige Amt vermerkte.⁵⁷ Zugleich machte die Botschaft auf die ernsten Folgen für die deutsch-sowjetischen Wirtschaftbeziehungen aufmerksam. Der Absatz von Derop-Treibstoff, der sich 1932 auf etwa 30 Millionen RM belaufen hatte, verringerte sich bereits im Verlauf des Monats März 1933 auf die Hälfte im Vergleich zum Vorjahr.58

Auch im Auswärtigen Amt war man sich über die ernsten Folgen der Angriffe auf die Derop für die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen im Klaren. In der schon angeführten Aufzeichnung vom 20. April über die Derop-Problematik, die er offensichtlich im Ergebnis der dringenden Demarche des sowjetischen Botschafters und des Handelsvertreters Israil' Jakovlevič Vejcer am Vortage bei Bülow⁵⁹ anfertigte, verwies der stellvertretende Leiter der Osteuropa-Abteilung im Auswärti-

zen vermittelt, PA AA, R 31498 k, Bl. E 496996-497002; siehe auch Niclauss, Sowjetunion, S.103.

^{54 &}quot;Deterding handelte zusammen mit Göring. Diese Mitteilung ist nach unserer Kenntnis in der französischen und amerikanischen Presse enthalten." Chinčuk an Narkomindel, 3.3.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 57, S.140.

⁵⁵ Siehe den ausführlichen Bericht von Aleksandrovskij an Krestinskij, 20.3.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 86, S.175-177.

⁵⁶ Nach der Aufzeichnung Heys vom 20.4.1933, PA AA, R 31498 k, Bl. E 496996-497002.

⁵⁷ Datiert vom 27.3.1933, BArch, RSHA, St.-3/311, Bl. 91 (Abschrift).

⁵⁸ Aufzeichnung Heys vom 20.4.1933, PA AA, R 31498 k, Bl. E 496996-497002. Auf die Verringerung des Derop-Absatzes "in den letzten vier Monaten" um die Hälfte verwies Chinčuk in einer Unterredung mit Hugenberg am 31.5.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 169, S.327.

⁵⁹ Siehe Aufzeichnung Bülows, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 166, S.302-304.

gen Amt Siegfried Hey darauf, dass sich das sowjetische Obligo gegenüber deutschen Firmen Ende März auf 1,2 Millionen Reichsmark belief. Rechne man deutsche Einfuhrbeschränkungen hinzu, so käme die Sowjetunion angesichts der beim Derop-Absatz erlittenen Einbußen mit ihren Zahlungen in große Schwierigkeiten. Hey wies zudem auf die negativen Folgen für die deutsche Wirtschaft hin: "Ein Protest der russischen Wechsel müsste einen großen Teil unserer Industrie schwer treffen, Reich und Länder würden aus ihrer Garantie in Anspruch genommen werden und das gesamte Russengeschäft würde zum Erliegen kommen, da neue Garantien unter solchen Umständen nicht mehr gegeben werden könnten. Eine weitere Folge würde eine beträchtliche Steigerung der Arbeitslosigkeit mit ihren innerpolitischen Konsequenzen sein. In den west- und mitteldeutschen Industriegebieten gibt es zahlreiche Unternehmungen, die zu 80 bis 90 % durch russische Aufträge beschäftigt sind." Hey schloss seine Aufzeichnung mit dem Hinweis darauf, dass durch eine Störung der Handelstätigkeit sowjetischer Wirtschaftsorganisationen "die gesamte Basis der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen erschüttert" werden könnte.60

Bereits am 31. März hatte das Auswärtige Amt dem Drängen des preußischen Innenministeriums nach einer umfassenden Durchsuchung der Berliner Derop-Zentrale "nach langen Überlegungen" nachgegeben. 61 Es pflichtete dem preußischen Innenministerium bei, dass angesichts einer in den letzten Jahren stark zugenommenen Zahl von Sowjetbürgern in der Zentrale der Derop "eine grundlegende Änderung ihres Personalbestandes" vorgenommen werden müsste. 62

Nachdem der preußische Innenminister am 24. April SA-Sturmführer Wilhelm Hollmann zum "Staatskommissar" für die Derop und die Derunapht ernannt hatte, ließ er noch an demselben Tage unter Einsatz von 50 Kriminalbeamten und weiteren 60 Beamten der Schutzpolizei in der Berliner Derop-Zentrale eine Hausdurchsuchung durchführen. Sie hatte die Verhaftung von 21 Angestellten der Derop sowie die Beschlagnahme von Geschäftsbüchern zur Folge. Gibes Aktion aber musste die in den deutsch-sowjetischen Beziehungen entstandene schwierige Situation noch

⁶⁰ Aufzeichnung Heys vom 20.4.1933, Bl. E 497001-497002.

⁶¹ Aktennotiz der Gestapo, Berlin, vom 31.3.1933, in: BArch, RSHA, St-3/311, Bl. 72.

⁶² So Meyer in einer Unterredung mit Hollmann am 25.4.1933. Aktennotiz Meyers, BArch, Film Nr. 15956, Bl. E 667397. Auch Neurath verwies auf "die verfehlte Personalpolitik der Derop, deren Angestellte zu 85 Prozent der Kommunistischen Partei angehören." Neurath an Dirksen, 5.4.1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 140, S.251f.

⁶³ Bericht der Gestapo vom 24.4.1933, in: BArch, RSHA, St-3/311, Bl. 145f.

verschärfen. Botschafter Chinčuk sah sich veranlasst, am darauffolgenden Tage Staatssekretär von Bülow aufzusuchen und gegen den Anschlag auf die Derop-Zentrale zu protestieren. Zwar sei man, wie Chinčuk erklärte, von sowjetischer Seite bereit, die Notwendigkeit eines deutschen Personalchefs einzusehen und den deutschen Wünschen hinsichtlich einer Neuordnung des Personalbestandes der Derop entgegenzukommen. Doch müsse man die Einsetzung eines "Staatskommissars" aus Prestigegründen ablehnen.⁶⁴ Auch in einer Sitzung am Abend desselben Tages, zu der Ministerialdirektor Richard Meyer Botschaftsrat Sergej Sergeevič Aleksandrovskij einlud und auf der auch Hollmann zugegen war, kam eine Einigung in der Frage des Staatskommissars nicht zustande.⁶⁵

Am 26. April protestierte Chinčuk auch bei Außenminister von Neurath gegen den Polizei-Überfall auf die Derop-Zentrale und erklärte erneut, dass die Sowjetregierung die Einsetzung eines "Staatskommissars" zurückweise. Neurath zeigte sich diesmal in der Derop-Frage entgegenkommender als bisher, was darauf zurückzuführen war, dass er am Tage zuvor, am 25. April, ein Gespräch mit Hitler geführt hatte. Neurath hatte schon einmal, und zwar Anfang April, Hitler über die Derop-Frage Vortrag gehalten, ohne jedoch eine Entscheidung Hitlers erreichen zu können. Diesmal konnte er dem Botschafter eine günstigere Auskunft geben. Er distanzierte sich von dem Vorgehen der deutschen Polizei gegen die Derop, stellte ein Einlenken deutscherseits in Aussicht und teilte Chinčuk mit, dass Hitler bereit sei, den sowjetischen Botschafter am Vormittag des übernächsten Tages zu empfangen.

Die Neuregelung der Derop-Frage, zu der sich Hitler nach nochmaliger Konsultation mit Neurath während einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter am 28. April 1933 entschied,⁶⁸ stand in engem Zusammenhang mit der Gesamtsituation der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Beide Seiten waren offenbar bemüht, eine weitere Zuspitzung ihrer gegenseitigen Beziehungen zu verhindern. Die von Hitler dem Botschafter gegebene Zusicherung, die Arbeitsfähigkeit der Derop wieder-

_

⁶⁴ Siehe ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 186, S.341. Auch Dirksen verwies darauf, dass man in Moskau die Einsetzung eines Staatskommissars als "eine Verletzung des Sowjetprestiges" empfand. Dirksen an Meyer. 28.4.1933, in: ebenda, Nr. 197, S.359.

⁶⁵ Protokoll des Sitzung, in: BArch, Film Nr.17219, Bl. E 659859.

⁶⁶ Chinčuk an Narkomindel, 26.4.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 135, S.265-267.

⁶⁷ Chinčuk an Litvinov, 4.4.1933, in: ebenda, Nr. 111, S.220; siehe auch McMurry, Deutschland, S.60.

⁶⁸ Über die Unterredung ausführlicher die nachstehenden Ausführungen. Siehe die protokollarischen Niederschriften über die Unterredung in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 194, S.352f.; DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 138, S.271f.

herzustellen zu wollen, griff in ihrer weiteren Konkretisierung – folgt man den Aufzeichnungen Chinčuks – die vom sowjetischen Botschafter unterbreiteten Vorschläge auf. Danach sollte sich die Kompetenz des "Staatskommissars" auf die Personalfragen der Derop beschränken. Die Geschäfts- und Verwaltungstätigkeit sollte dagegen in sowjetischer Hand bleiben. Ferner kam man überein, dass im Vorstand und im Aufsichtsrat der Derop jeweils zwei deutsche Mitglieder vertreten sein sollten. ⁶⁹

Das praktische Ergebnis wich dann aber von dieser Vereinbarung ab. Hitler hatte nach seiner Unterredung mit Chinčuk zunächst Göring und Staatssekretär Ludwig Grauert im preußischen Innenministerium beauftragt, für die Steigerung des Absatzes sowjetischer Erdölprodukte durch die Derop Sorge zu tragen. ⁷⁰ Das Reichskabinett beschloss sodann am 29. April die folgenden fünf Punkte, die, wie der Aktenvermerk besagte, auf die Unterredung des Reichskanzlers mit dem sowjetischen Botschafter zurückgingen: Erstens sollte sich der Staatskommissar auf die Personalfragen beschränken; zweitens sollten "die wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten paritätisch von Deutschen und Russen" erledigt werden; drittens sollte auch die Zusammensetzung des Aufsichtsrates paritätisch erfolgen; viertens sollte die Derop der Reichsregierung ein Vorkaufsrecht einräumen, das einen Verkauf der Derop ohne Billigung der Reichsregierung ausschloss; fünftens sollten "alle Stellen" angewiesen werden, "in größtem Umfang" Produkte der Derop zu kaufen. ⁷¹

Doch blieb auch in den nächstfolgenden Monaten die Derop ein Gegenstand der Auseinandersetzung. Denn Hollmann suchte die von Hitler getroffene Entscheidung über die Parität in der geschäftlichen Tätigkeit und in der Zusammensetzung des Aufsichtsrates zu unterlaufen. Er verlangte als Vorsitzenden des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowohl

.

⁶⁹ Auf eine solche Übereinkunft wies Chinčuk während seiner Unterredung mit Neurath am 2. Mai hin, wobei Neurath dieser Darlegung zustimmte. Siehe die Aufzeichnung Chinčuks, in: DVP SSSR, Bd XVI, Nr. 142, S.282. Die von Neurath und Chinčuk angefertigten protokollarischen Aufzeichnungen über die Unterredung des Botschafters mit Hitler geben in dieser Hinsicht keine exakte Auskunft. Siehe ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 194, S.253f; DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 138, S.271f.

⁷⁰ So Neurath in der obengenannten Unterredung mit Chinčuk am 2.5.1933.

⁷¹ Nach einem Aktenvermerk des Auswärtigen Amtes vom 29.4.1933, der am 4.5.1933 durch Otto Bräutigam, den Referenten für Russland in der Wirtschaftsabteilung des AA, dem Reichswirtschaftsminister zugesandt wurde, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA) Rep. 120 C XIII 6 a, Nr. 35 A, Bd. 6, Bl. 76. Diese fünf Punkte nennt auch Meyer in seinem Telegramm an Dirksen vom 29.4.1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 198, S.361.

der Derop als auch der Derutra⁷² jeweils einen Deutschen.⁷³ Hollmann besaß dabei offenbar einen Rückhalt bei Göring.⁷⁴ Zwar wandten sich Ende Juni Alfred Hugenberg und Frick an mehrere dafür in Frage kommende Reichsressorts mit der Aufforderung, die Abnahme von sowjetischen Erdölprodukten zu unterstützen, nachdem der preußische Innenminister die Derop auf eine "nationale Basis" umgestellt habe.⁷⁵ In einem Memorandum, das die Botschaft der UdSSR am 26. September 1933 dem Auswärtigen Amt übermittelte, wurde jedoch vermerkt, dass sich die Derop von den schweren Schlägen, die ihr "durch die Hetzjagd im März und April" zugefügt worden waren, kaum mehr erholen könne. 76 Wenn man bereits im Frühjahr 1933 in Moskau daran dachte, die Derop abzustoßen,⁷⁷ so war hierfür offensichtlich die finanzielle Lage der Gesellschaft maßgebend, die sich nach den gegen sie gerichteten Anschlägen rapide verschlechtert hatte. 78 Im Ergebnis dieser Entwicklung wurden die Aktien der Derop Anfang Februar 1935 vom deutschen Benzolverband übernommen, nachdem sich der Verband schon im März 1933 für den Ankauf der Derop interessiert hatte.⁷⁹

Unter den Angriffen, die im Jahre 1933 von Organisationen und Behörden des NS-Staates gegen sowjetische Bürger und Institutionen verübt wurden, war der Anschlag auf die Derop der spektakulärste und beeinträchtigte die deutsch-sowjetischen Beziehungen vor allem durch seine ökonomischen Auswirkungen. Die antisowjetischen Übergriffe schufen begreif-

⁻

⁷² Die "Deutsch-Russische Transportgesellschaft" ("Derutra") war 1921 mit deutschem und sowjetischem Stammkapital gebildet worden.

⁷³ Siehe die Aufzeichnung Chinčuks über seine Unterredung mit Enko und Neurath vom 2.5.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 142, S.282; so auch Hollmann in einer Unterredung bei Ministerialdirektor Meyer am 2.5.1933, darüber Bräutigam an Reichswirtschaftsminister, 4.5.1933, GStA, Rep. 120 C XIII 6 a, Nr. 35 A, Bd. 6, Bl. 73-75.

⁷⁴ Nach einer Mitteilung Meyers in der obengenannten Besprechung am 2. Mai sollte Chinčuk noch an demselben Tage von Göring empfangen werden. Leider findet sich über diese Unterredung kein Nachweis. Da jedoch die Auseinandersetzungen über die Derop weiter anhielten, muss man eine negative Haltung gegenüber den sowjetischen Forderungen annehmen, obgleich diese sich offensichtlich mit der Entscheidung Hitlers deckten.

⁷⁵ Abschrift des Rundschreibens vom 27.6.1933, GStA, Rep. 120 C XIII 6 a, Nr. 35 A Bd. 6. o.P.

⁷⁶ DVP SSSR, Bd. XVI, S.815, Anm. 46.

⁷⁷ Darauf verweist McMurry, Deutschland, S.61.

⁷⁸ Nach Auskunft von Hollmann in der obengenannten Sitzung bei Meyer im AA am 2. Mai standen einem Aktienkapital bei der Derop von 10 Mill. RM und einem solchen von 7 Mill. RM bei der Derunapht Schulden der beiden Gesellschaften in Höhe von 25 Mill. RM gegenüber.

⁷⁹ Siehe Schreiben des Benzolverbandes an den Reichswirtschaftsminister vom 30.3.1933, BArch, RSHA, St-3/311, Bl. 60f.; MacMurry, Deutschland, S.61.

licherweise auch für die praktische Tätigkeit der sowjetischen Botschaft und ihre Abteilungen eine neue und komplizierte Situation. Der Bericht der Konsularabteilung der Botschaft für das Jahr 1933 vermerkte, dass die Hauptarbeit "in der Verteidigung von Sowjetbürgern" bestanden habe. In den vergangenen Jahren habe diese ihrem Umfang nach nur eine geringe Bedeutung gehabt. Am 1. April, dem Tage des Boykotts aller jüdischen Geschäfte im Reichsgebiet durch die SA und SS – er bildete den Auftakt für die Judenverfolgung in Deutschland –, sei die Konsularabteilung "buchstäblich von Personen belagert gewesen, die über die Verfolgungen durch die Boykott-Patrouillen berichteten".⁸⁰ Auch die Tätigkeit der sowjetischen Handelsvertretung war unmittelbar durch die Judenverfolgung betroffen. Denn die bei ihr beschäftigten Rechtsanwälte und andere Fachkräfte wurden, soweit sie jüdischer Herkunft waren, von den deutschen Behörden nicht mehr anerkannt.⁸¹

Der Bericht der sowjetischen Botschaft für das Jahr 1933 zog daher im Hinblick auf den gegen sowjetische Bürger und Einrichtungen verübten Terror eine düstere Bilanz.82 Er nannte die Verhaftung von 47 sowjetischen Bürgern, darunter von neun Angestellten sowjetischer Institutionen in Deutschland, 69 Hausdurchsuchungen, darunter der Wohnungen der Angestellten von 51 Handelsorganen. Im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Derop seien 15 Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Ferner habe man in deutschen Häfen vier sowjetische Dampfer und drei kleinere Schiffe widerrechtlich durchsucht. Die sowjetische Botschaft, so vermerkte der Jahresbericht, habe sich daher veranlasst gesehen, dem Auswärtigen Amt 217 Noten zu übermitteln, in denen sie gegen die Übergriffe protestiert habe. Der Bericht stellte weiter fest, dass nach der faschistischen Machtergreifung nicht nur auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch auf dem des kulturellen und wissenschaftlich-technischen Austausches sowie des Tourismus erhebliche Rückschläge erfolgt waren. 83 Der Reiseverkehr zwischen den beiden Ländern hatte sich denn auch, wie der obengenannte Bericht der Konsularabteilung der Botschaft feststellte, stark vermindert. Während

-

⁸⁰ Archiv Vnešnej Politiki RF [Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation], Moskau (im Folgenden AVP RF), f. 82, op. 19, d. 12.

⁸¹ Siehe Hilger, Wir und der Kreml, S.244.

⁸² Otčet polpredstva SSSR v Germanii za 1933, zakončen 31. XII. 1933 [Bericht der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland für 1933, beendet am 31.12.1933], AVP RF, f. 82, op. 17, d. 9.

⁸³ Siehe in diesem Zusammenhang auch Günter Rosenfeld: Kultur und Wissenschaft in den Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion von 1933 bis Juni 1941, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte, 1995/1, S.99-129.

die Konsularabteilung noch in den beiden vorausgehenden Jahren 16.129 beziehungsweise 12.837 Visa zur Einreise in die UdSSR erteilt habe, seien es im Jahre 1933 nur noch 4.078 gewesen.⁸⁴ Auch ein Bericht der Gestapo stellte die erhebliche Abnahme der Zahl der Reisen in die UdSSR fest. "Während im Jahre 1932 noch für insgesamt 4301 Personen Fahrkarten nach Rußland ausgegeben wurden, sind es im Jahre 1933 nur noch 1199 gewesen." Zudem habe ein großer Teil der nach Russland reisenden Personen den Weg über andere ausländische Staaten genommen.⁸⁵

Das Ende der Rapallo-Politik

Im Auswärtigen Amt in der Wilhelmstraße war man bemüht, die Auswirkungen der antisowjetischen Hetze und Übergriffe herunterzuspielen und die sowjetische Führung hinsichtlich der deutschen Außenpolitik zu beruhigen. Der schon erwähnte Jahresbericht der sowjetischen Botschaft vermerkte: "In den Ministerien hörte man nicht auf, uns zu versichern, dass der alte Rapallo-Kurs in Kraft bleibe und dass Ungesetzlichkeit und Willkür gegenüber sowjetischen Bürgern und Einrichtungen sich durch unzureichende staatliche Disziplin der örtlichen Machtorgane erklären und prinzipiell dem freundschaftlichen Kurs der zentralen Regierung widersprechen."⁸⁶

Wenn Hitler auf außenpolitischem Gebiet durch Friedensbeteuerungen seine eigentlichen Ziele zu verbergen suchte und in der zweiten Märzhälfte nach seinen unvorsichtigen Äußerungen am 2. März im Sportpalast jetzt auch gegenüber der Sowjetunion diese Taktik anwandte, so kam dies den Illusionen, die man sich noch im Auswärtigen Amt machte, entgegen. Eine von Bülow am 13. März 1933 verfasste Denkschrift über die außenpolitische Lage Deutschlands nannte als außenpolitisches Hauptziel die Revision des Versailler Vertrages und in diesem Zusammenhang die Umgestaltung der deutschen Ostgrenze. Daher könne man wie bisher "die russische Rückendeckung" gegenüber Polen nicht entbehren. Auch aus wirtschaftlichen Gründen brauche man die Zusammenarbeit mit Russland. "Die energische Bekämpfung der Kommunisten und des Kulturbolschewismus in Deutschland braucht, wie das italienische Beispiel zeigt, das deutsch-russische Verhältnis nicht notwendig auf die Dauer zu beeinträchtigen. Im Augenblick ist eine Abkühlung dieses Verhältnisses nicht

⁸⁴ AVP RF, f. 82, op. 17, d. 9.

⁸⁵ Gestapo an den Chef der Reichskanzlei Lammers, 21.2.1934, in: BArch, R 43II/1488a, Bl. 371538.

⁸⁶ AVP RF, f. 82, op. 17, d. 9.

zu verkennen. Um diesen Zustand wieder zu beseitigen, werden wir, ohne der Sowjet-Union nachzulaufen, doch unseren Beziehungen zu Moskau besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und bei allen sich bietenden Gelegenheiten deutlich zum Ausdruck zu bringen haben, daß wir unsererseits die innerpolitische Bekämpfung des Kommunismus streng getrennt halten von unserer staatspolitischen Einstellung zur Sowjet-Union. Aus diesem Grunde ist auch eine möglichst umgehende Ratifizierung der Verlängerung des Berliner Vertrages dringend geboten."87 Die Begründung, die Bülow für die Aufrechterhaltung der "russischen Rückendeckung" anführte, war nicht neu. Sie war schon beim Abschluss des Rapallo-Vertrages maßgebend gewesen. 88 Bemerkenswert war die Anführung des italienischen Beispiels. Damit griff Bülow die Argumentation auf, die jetzt gerade von sowjetischer Seite gegenüber der Hitlerregierung immer wieder ins Feld geführt wurde.

Die schon erwähnten taktischen Gründe waren für Hitler maßgebend. Daher sprach er sich in seiner Regierungserklärung vom 23. März im Reichstag, wo er mit terroristischem Druck gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und nach der schon am 9. März erfolgten Ausschaltung der KPD-Fraktion das Ermächtigungsgesetz annehmen ließ, für die Aufrechterhaltung freundschaftlicher und für beide Seiten nutzbringender Beziehungen zur Sowjetunion aus. Die entsprechenden Passagen seiner Rede hatte Hitler aus den im Auswärtigen Amt erarbeiteten "Stichworten" übernommen.⁸⁹ Auch die Ausführungen, die Neurath in der Ministerberatung am 7. April über die außenpolitische Lage machte, entsprachen im Hinblick auf die Beziehungen zur Sowjetunion der Denkschrift Bülows.⁹⁰

_

⁸⁷ Zit. nach: Hans-Adolf Jacobsen unter Mitwirkung von Wilfried von Bredow (Hrsg.): Misstrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919/1970. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1970, S.85-93, hier S.91.

⁸⁸ Siehe auch darüber die besonders unter Auswertung des Wirth-Nachlasses veröffentlichten Forschungen von Ingeborg Fleischhauer: Rathenau in Rapallo. Eine notwendige Korrektur des Forschungsstandes, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 2006, H. 3, S.365-415.

⁸⁹ Siehe Niclauss, Sowjetunion, S.91.

^{90 &}quot;Die Rückendeckung Rußlands gegen Polen können wir nicht entbehren. Rußland ist der größte Abnehmer deutscher Industrieerzeugnisse geworden [...] Die Bekämpfung des Kommunismus in Deutschland braucht, wie es das italienische Beispiel zeigt, auf die Dauer unsere Beziehungen zu Rußland nicht beeinträchtigen." ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Dok. 142, S.255-262, hier S.258-259; Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler 1933-1938, Teil I, Bd. 1, Müchen 1983, S.317.

Unterdessen hatte die sowjetische Führung in den März- und Aprilwochen weiter versucht, die Absichten der Hitlerregierung zu ergründen und sie auf entsprechende Erklärungen festzulegen. Die heftige Welle antisowietischer Übergriffe ließ in dieser Hinsicht allerdings nichts Gutes erwarten. Litvinov hatte auf der Durchreise von Genf nach Moskau in Berlin Station gemacht und war denn auch, wie Neurath in seiner Aufzeichnung über dessen Besuch am 1. März vermerkte, "im Gegensatz zu seiner sonstigen Haltung sehr aufgeregt". 91 Indem Neurath den Volkskommissar darauf hinwies, dass die deutsche Regierung mit dem Kreditabkommen vom 25. Februar⁹² "den russischen Wünschen zur Erledigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten" entgegengekommen sei, nannte er eine der Maßnahmen, mit denen man die Besorgnisse in Moskau zu zerstreuen hoffte. Die Erklärungen Neuraths, darunter auch die Bemerkung, dass "Hitler ein vernünftiger und praktisch veranlagter Mann und Argumenten zugänglich"93 sei, konnten die Zweifel Litvinovs an den Beteuerungen Neuraths kaum ausräumen. Dies umso weniger, als Rudolf Nadolny, damals Leiter der deutschen Delegation auf der Abrüstungskonferenz in Genf, Litvinov gegenüber erst kurz zuvor die Befürchtung geäu-Bert hatte, dass Hitler sich nach den Wahlen von der Koalition mit den Deutschnationalen lossagen und, wie er es schon mit der Polizei getan habe, auch im Auswärtigen Amt die verantwortlichen Beamten - Nadolny nannte Neurath und Bülow – durch seine Leute ersetzen würde.94 Nun sollte sich zwar die Prognose Nadolnys hinsichtlich der Ablösung Neuraths und Bülows nicht bewahrheiten. Jedoch verstand es die NS-Führung, auch auf andere Weise das Auswärtige Amt zum Instrument ihrer Politik zu machen.95

-

⁹¹ Aufzeichnung Neuraths vom 1.3.1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr.43, S.89.

⁹² Danach gewährte ein deutsches Bankkonsortium der UdSSR einen Kredit in Höhe von 140 Millionen Mark.

^{93 &}quot;Nejrat govoril, čto sredi nacional-socialistov imejutsja, konečno, ekstremisty, no čto sam Gitler – čelovek razumnyj, praktičnyj i poddaetsja uveščaniju." Aufzeichnung Litvinovs vom 1.3.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 54, S.138. In der Aufzeichnung Neuraths ist diese Passage nicht enthalten, wie sie überhaupt viel knapper gehalten ist als die Litvinovs.

⁹⁴ Siehe ebenda, S.137. Wie Litvinov notierte, hatte er über diese Äußerung Nadolnys zu Neurath "natürlich nichts gesagt."

⁹⁵ Siehe hierzu Hans-Jürgen Döscher: Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der Endlösung, Berlin 1987. Zuletzt siehe Eckart Conze u. a.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Drtitten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.

In den nächstfolgenden Wochen verstärkten einerseits die zunehmenden antisowjetischen Übergriffe, insbesondere das Vorgehen gegen die Derop, die Besorgnisse in Moskau. Andererseits brachten die Regierungserklärung Hitlers vom 23. März sowie die am 8. April Litvinov durch Dirksen übermittelte Entscheidung der deutschen Regierung vom 4. April, die Ratifikation des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag "in nächster Zeit" vornehmen zu wollen, ⁹⁶ im Kreml eine gewisse Beruhigung. Hitler hatte der dringenden Empfehlung Neuraths zur Ratifikation zugestimmt. Dabei sollte jedoch vorerst von der Veröffentlichung der Ratifikation mit Rücksicht auf die allgemeine außenpolitische Lage, insbesondere mit Rücksicht auf die gespannten Beziehungen Englands zur Sowjetunion, abgesehen werden. ⁹⁷

Es ist schwer zu beurteilen, inwieweit man im Auswärtigen Amt bei dem Bemühen, die zwischen Berlin und Moskau entstandenen Spannungen zu entschärfen, die anhaltenden Mahnungen des deutschen Botschafters in Moskau berücksichtigte. Dirksen hörte jedenfalls nicht auf, die nachteiligen Folgen hervorzuheben, die für Deutschland durch einen Bruch mit der bisherigen Politik gegenüber der Sowjetunion entstehen konnten. Anders als die leitenden Beamten im Auswärtigen Amt, von Hitler und anderen NS-Führern ganz zu schweigen, hatte Dirksen durch seine Arbeit vor Ort einen anderen Blick für die Realität. Er schreibt in seinen Memoiren von der Angst und der Besorgnis, die ihm gegenüber die führenden sowjetischen Persönlichkeiten hinsichtlich der in Deutschland entstandenen Situation äußerten. "Bereitwillig stimmten sie dem Grundsatz zu, daß die Behandlung der deutschen Kommunisten ohne Einfluß auf die beiderseitigen Beziehungen bleiben würde. Aber ihr Zweifel über Hitlers Absichten blieb bestehen."98

In seinem Bericht vom 4. April 1933 kam Dirksen, besonders unter Bezugnahme auf die in Deutschland vorhandenen antisowjetischen Übergriffe, zu der Feststellung, dass sich "die beiderseitigen Beziehungen in einer schweren Krise" befänden. "Gelingt deren Beilegung nicht, so wird die Sowjetregierung mit der ihr eigenen Rücksichtslosigkeit die Folgerungen für die Gesamtheit der beiderseitigen Beziehungen ziehen und sich auch wirtschaftlich und militärpolitisch umstellen. Die wirtschaftlichen Folgen der Umstellung unserer größten Besteller und Schuldner liegen auf der Hand. Auch die außenpolitischen und militärpolitischen Umstel-

⁹⁶ Aufzeichnung Litvinovs vom 8.4.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 112, S.221-223.

⁹⁷ Siehe ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 112, S.251, Anm. 6.

⁹⁸ Herbert von Dirksen: Moskau – Tokio – London. Erinnerungen und Betrachtungen zu 20 Jahren deutscher Außenpolitik 1919-1939, Stuttgart 1949, S.121.

lungsmöglichkeiten sind bei der gegenwärtigen Haltung Frankreichs und Polens gegeben."99 Vier Tage später drahtete Dirksen nach Berlin, dass sich Litvinov mit dem Vorschlag, zum gegebenen Zeitpunkt gleichzeitig die Ratifikation der Verlängerung des Berliner Vertrages bekanntzugeben, einverstanden erklärt habe und dass "die tiefgehende Erregung über die Vorgänge letzter Wochen im Abflauen begriffen" sei. Warnend wies er darauf hin, dass "ein Wiederaufleben der polizeilichen Übergriffe ohne erdrückendes Beweismaterial, weitere Belästigung von Sowjetbürgern, Störungen von Sowjetinstitutionen" auf lange Zeit einen nicht wiedergutzumachenden Konflikt verursachen würden. Dirksen schloss sein Telegramm mit der Anregung, sofern man "eine stärkere politische Betonung der Beilegung des Konflikts" beabsichtige, anlässlich der Ratifikation ein gemeinsames Kommuniqué herauszugeben, den geplanten Empfang Chinčuks beim Reichskanzler mit der Bekanntgabe der Ratifikation zu verbinden und den beabsichtigten Besuch des Generalleutnants Alfred von Bockelberg in der UdSSR so zu legen, dass er schon der Parade am 1. Mai auf dem Roten Platz beiwohnen könne.

Nur die erste der drei Empfehlungen des Botschafters wurde realisiert, und die Reise Bockelbergs in die UdSSR begann erst eine Woche später. Die hier erwähnte militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten bestand seit 1920 und bildete eine wesentliche Komponente der Rapallo-Politik. Auf ihre Beendigung, die auf beiden Seiten aus politischen und ökonomischen Erwägungen vorgenommen wurde und eine besondere Studie erfordert, kann hier nur knapp hingewiesen werden. Die Reise Bockelbergs fand noch gänzlich im Rahmen der bisherigen vertrauensvollen und freundschaftlichen Zusammenarbeit statt. Die im März 1933 ausgesprochene Einladung an den Chef des Heereswaffenamtes Bockelberg war als Gegenbesuch zur Teilnahme des stellvertretenden Volkskommissars für Verteidigung Michail Nikolaevič Tuchačevskij an den Herbstmanövern der Reichswehr 1932 gedacht und besaß eine eminent politische Bedeutung. 100 Das umfangreiche Besuchsprogramm war so angelegt, dass es den Eindruck einer ungetrübten Zusammenarbeit

⁹⁹ ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 134, S.241.

¹⁰⁰ Der von Jan Karlovič Berzin (seit 1920 Leiter der Auslandsspionage der Roten Armee und 1938 ermordet) für den Besuch Bockelbergs für den Volkskommissar für Verteidigung Kliment Efremovič Vorošilov erarbeitete Resolutionsentwurf wurde am 1.4.1933 Stalin vorgelegt und von diesem bestätigt. Siehe den Resolutionsentwurf bei Ju. L. D'jakov/T. S. Bušueva: Fašistskij meč kovalsja v SSSR, Krasnaja Armija i Rejchsver 1922-1933 [Das faschistische Schwert wurde in der UdSSR geschmiedet. Die Rote Armee und die Reichswehr 1922-1933], Moskva 1992, S.310.

erwecken sollte. Die Reise Bockelbergs dauerte vom 8. bis 28. Mai, wobei Bockelberg die "überaus herzliche Aufnahme" sowohl bei den besuchten Dienststellen der Roten Armee als auch bei den besichtigten Industriebetrieben hervorhob. 101 Es war in den Tagen des Bockelberg-Besuchs, als Stalin die Entscheidung traf, die militärische Zusammenarbeit mit Deutschland in der bisherigen Form zu beenden. 102 Hitler, der von vornherein dieser Zusammenarbeit negativ gegenüberstand, konnte die in Moskau getroffene Entscheidung nur recht sein. Offensichtlich Mitte Juli 1933 erteilte er die Weisung, die militärische Zusammenarbeit mit Moskau abzubrechen. Während die tieferen Ursachen für den Abbruch der militärischen Zusammenarbeit zwar in dem vom Hitlerregime eingeschlagenen antisowjetischen Kurs zu suchen waren, ging somit die unmittelbare Initiative von der sowjetischen Seite aus. Alsbald waren es französische Militärs, die die bisher von der Reichswehr in Russland besetzten Positionen einnahmen. Niemand ahnte, dass die "Freunde", wie man in Moskau die deutschen militärischen Partner nannte, schon acht Jahre später als Invasoren in die Sowjetunion eindringen werden.

Unterdessen gab der bereits erwähnte Besuch des sowjetischen Botschafters bei Hitler am 28. April allen jenen, die die Rapallo-Politik verteidigten und retten wollten, neuen Auftrieb. ¹⁰³ Die von Chinčuk vorgetragene Erklärung, die er sodann Hitler schriftlich übergab, nahm zunächst Bezug auf die gegen sowjetische Bürger und Institutionen gerichteten Übergriffe, betonte aber die Bereitschaft der Sowjetregierung, an den freundschaftlichen Beziehungen festhalten zu wollen. In fünf Punkten wurden

-

¹⁰¹ Siehe den vom 13.6.1933 datierten Bericht Bockelbergs, von dem ein Exemplar am 28.6.1933 von Jodl an das Auswärtige Amt übersandt wurde. BArch, Film Nr. 15606, Bl. E 579395f.; Manfred Zeidler (Reichswehr und Rote Armee 1920-1933, München 1993, S.288) zitiert den Bericht nach ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Dok. 252, Anm.10, S.463, wo jedoch nur ein kleiner Abschnitt des Berichts abgedruckt wurde. Berzin, dem es verschiedentlich gelang, Material aus dem diplomatischen Schriftwechsel der deutschen Botschaft in die Hand zu bekommen, legte den Text des Bockelberg-Berichts am 26.9.1933 Vorošilov vor. Siehe D'jakov/Bušueva, Fašistskij meč, S.314.

¹⁰² Über die Motive, die Stalin zu dieser Entscheidung veranlassten, gibt es keine verlässliche Aussage. Slutsch (Stalin und Hitler, S.62) vertritt die Auffassung, dass Stalin Druck auf Hitler ausüben wollte, um ihn dadurch möglicherweise zum Einlenken gegenüber der UdSSR zu bewegen.

¹⁰³ Siehe über die Unterredung die Aufzeichnungen von Neurath (ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 194, S.352f.) und von Chinčuk (DVP SSSR, Bd.XVI, Nr.138, S.271f.). Im Unterschied zur Aufzeichnung Neuraths, der die Ausführungen Hitlers über seine Innenpolitik gänzlich auslässt, sind diejenigen Litvinovs von Chinčuk sehr viel ausführlicher gehalten.

jene Fragen formuliert, die die Sowjetregierung zu klären wünschte. 104 Hitler antwortete in der für ihn charakteristischen weitschweifigen Art. Offenbar wollte er den sowjetischen Botschafter beeindrucken, als er ihm erklärte, dass die nationalsozialistische Herrschaft "ein für allemal und ohne irgendwelche Veränderungen" gesichert sei. Hitler sprach sich für die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion aus. Innenpolitische Gesichtspunkte brauchten nach seiner Auffassung die Beziehungen zwischen den beiden Staaten nicht zu beeinträchtigen. Außerdem sicherte Hitler dem Botschafter seine Unterstützung hinsichtlich der Erfüllung der vorgetragenen sowjetischen Wünsche vor.

So schien der Besuch Chinčuks bei Hitler den sowjetischen Hoffnungen und Erwartungen zu entsprechen. Über die vom Reichskanzler abgegebenen Erklärungen habe sich Litvinov sehr befriedigt gezeigt, so berichtete einen Tag später Dirksen nach Berlin. 105 Auch der Austausch der Ratifikationsurkunden zum Verlängerungsprotokoll des Berliner Vertrages, der am 5. Mai zwischen Dirksen und Litvinov vorgenommen wurde und über den am 6. Mai die sowjetische und die deutsche Presse gleichzeitig in Form eines zuvor abgestimmten Kommuniqués informierte, konnte in Moskau als ein positives Zeichen gewertet werden. Als ein solches erschien auch, dass die Zeitungen "Völkischer Beobachter" und "Angriff" in ihren Leitartikeln, die übrigens der Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes Richard Meyer selbst verfasst hatte, 106 anlässlich dieses Ereignisses das "gute Verhältnis zur Sowjetunion als wichtigen Programmpunkt der deutschen Außenpolitik" würdigten.

Jetzt erklärte man sich endlich auch im Auswärtigen Amt mit dem Besuch Dirksens in Berlin einverstanden. In seinen Berichten, die Dirksen während der ersten Hälfte des Monats Mai, noch vor seiner Abreise aus Moskau, nach Berlin sandte, wies er die dortigen Beamten immer wieder auf die Gründe hin, die für die Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion sprachen. In seinem Bericht vom 5. Mai

⁻

¹⁰⁴ Die Punkte galten der Ratifikation des Verlängerungsprotokolls zum Berliner Vertrag, dem Gesichtspunkt, dass die innerpolitische Umgestaltung Deutschlands nicht notwendigerweise die Beziehungen zur Sowjetunion negativ beeinflussen müsste, der Information der deutschen Presse über die "tatsächlichen Absichten des Reichskabinetts" gegenüber der UdSSR, der Entwicklung des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverkehrs und der Problematik der Derop.

¹⁰⁵ Dirksen an AA, 29.4.1933, PA AA, Moskau 208, Bl. 425396-425397.

¹⁰⁶ Meyer teilte es Dirksen am 9.5.1933 vertraulich mit, siehe ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 204, S.370, Anm. 4.

machte er zunächst auf das gewachsene Misstrauen der sowjetischen Führung gegenüber der deutschen Außenpolitik aufmerksam. Dieses sei schon im Sommer 1932 während der Konferenz von Lausanne entstanden¹⁰⁷ und habe sich "durch die polizeilichen Eingriffe der letzten Monate" und schließlich auch im Ergebnis der Politik Frankreichs und Polens verstärkt. Nichtsdestoweniger, so schlussfolgerte Dirksen, halte sich in der Sowjetunion die Neigung zur Wiederherstellung des freundschaftlichen Verhältnisses mit Deutschland die Waage mit der Tendenz, Deutschland gegenüber eine abwartende Zurückhaltung zu üben. Zwar sei die Sowjetunion infolge ihrer gesamten inneren Situation "kein Objekt, das zu einer besonders positiven Einstellung durch andere Mächte verlockte", und auch in militärischer Beziehung sei die Sowjetunion für die nächsten Jahre nur in bescheidenem Umfang ein Machtfaktor. Doch wäre es kurzsichtig, deshalb die Rapallo-Politik aufzugeben. Denn diese Politik habe trotz der Schwäche der beiden Partner starke positive politische Wirkungen ausgeübt. Auch heute noch, so schloss Dirksen seinen Bericht, seien dieselben Gründe, die zum Abschluss des Rapallo-Vertrages wie des Berliner Vertrages geführt hatten, "lebendig und wirksam". 108

Nicht von ungefähr wies Dirksen in diesem Bericht noch einmal so nachdrücklich auf die Bedeutung der Rapallo-Politik hin. Kam es ihm doch in allen seinen Gesprächen, die er sodann in der dritten Mai-Dekade in Berlin führte, darauf an, die maßgebenden deutschen Politiker für die Weiterführung dieser Politik zu gewinnen. Nach Hitler und Hindenburg gehörten zu seinen Gesprächspartnern Göring, Frick und Goebbels. Sie versicherten ihm ebenso wie der Kanzler, die Beziehungen zur Sowjetunion in positiver Weise pflegen zu wollen. 109 In ähnlicher Weise erklärte Neurath, der am 29. Mai Litvinov in Gegenwart von Dirksen und Chinčuk empfing, dass "sich an unseren Beziehungen nichts ändern" würde. 110

Doch zeigte es sich schon bald, dass die Geschichte einen anderen Verlauf nahm, als es sich die Verfechter der Rapallo-Politik in Berlin und Moskau erhofften. Der Kurs der Hitlerregierung blieb weiter antisowjetisch, und in

-

¹⁰⁷ Während der Konferenz von Lausanne, die vom 16.6. bis 9.7.1932 zur Regelung der Reparationsfrage getagt hatte, hatte Reichskanzler Franz von Papen versucht, ein gegen die Sowjetunion gerichtetes deutsch-französisches Bündnis zustande zu bringen. Siehe Günter Rosenfeld: Sowjetunion und Deutschland, Berlin 1984, S.450.

¹⁰⁸ Dirksen an AA, 5.5.1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/1, Nr. 212, S.382-386.

¹⁰⁹ Siehe Dirksen an Neurath, 5.6.1933, in: ADAP, Ser. C, Bd. I/2, Nr. 284, S.513; Dirksen, Moskau-Tokio-London, S.122f.

¹¹⁰ Siehe Aufzeichnung Litvinovs vom 29.5.1933, in: DVP SSSR, Bd. XVI, Nr. 167, S.321-323.

Moskau kam man spätestens Ende Oktober 1933 zu der Auffassung, dass es nicht möglich sein werde, die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland wie bisher aufrechtzuerhalten. Dirksen schloss daher seinen letzten diplomatischen Bericht aus Moskau mit dem Satz: "Das Rapallo-Kapitel ist geschlossen."111 Wenige Wochen später kam Litvinov zu derselben Schlussfolgerung, als er vor dem Zentralexekutivkomitee der UdSSR am 29. Dezember 1933 über die außenpolitische Situation sprach: "Zehn Jahre lang verbanden uns mit Deutschland enge wirtschaftliche und politische Beziehungen. [...] In Deutschland gab es Reden, Erklärungen und Handlungen, die nicht nur unseren früheren Beziehungen nicht mehr entsprechen, sondern vielmehr Anlass zu der Auffassung geben, dass sich diese Beziehungen in ihr Gegenteil verwandelt haben."112 Über die Ausgestaltung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in den folgenden Jahren wissen wir leider immer noch zu wenig. Die Abkühlung der deutsch-sowjetischen Beziehungen ging alsbald in eine Eiszeit über, die vom Hitler-Stalin-Pakt 1939 nur kurzzeitig aufgebrochen wurde.

¹¹¹ Dirksen an AA: Die Sowjetunion im Jahre 1933, 30.10.1933, Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, Gesandtschaft Berlin, Nr. 279, Bl. 254-260, hier Bl. 256 RS (Abschrift); in ADAP, Ser C, Bd. II/2, S.310 wird aus dem Bericht nur knapp nach einem Vermerk von Rudolf Nadolny zitiert.

¹¹² DVP SSSR, Bd. XVI, S.791.